

Momentum12: Demokratie- Track #2: Eliten, Herrschaft und Demokratie

Abstract

Autoritäre Krisenbearbeitungsstrategien in Europa und Perspektiven für eine Linke Politik

Wurde zu Beginn der aktuellen Wirtschaftskrise noch von einem nahenden Ende des Neoliberalismus gesprochen, erleben wir heute überall in Europa eine Welle der Austerität, die darauf abzielt soziale Rechte in rasantem Tempo abzubauen. Am schärfsten wird diese Politik derzeit - auch gegen massiven Widerstand - in den peripheren Eurostaaten (Griechenland, Portugal, Irland, Spanien, Italien) unter dem Druck der Schuldenkrise und den Anforderungen der EU-Anpassungsprogramme durchgesetzt.

Mit der neoliberalen Sparpolitik geht die Umgehung nationaler parlamentarischer Demokratie einher. Nicht nur die kurzfristige Bearbeitung der Staatsschuldenkrisen in peripheren Eurostaaten geschieht auf eine autoritäre Weise, abseits demokratischer Prozessen sondern auch die langfristigen Strategien zur Krisenbearbeitung und vermeintlichen Krisenlösung deuten in eine autoritäre Richtung, die darauf abzielt neoliberale Politik auch unter den Bedingungen eines schwindenden Konsens durchsetzen zu können. Bewegungen und Kämpfe die sich gegen die herrschende Krisenbearbeitung stellen, sind in dieser Situation bislang nicht in der Lage Zugeständnisse zu erreichen.

Den Ausgangspunkt unseres Beitrages bildet die Analyse der neu entstehenden *European Economic Governance* in Form des sogenannten „Six Pack“ und des Fiskalpakts.

European Economic Governance verstehen wir dabei als ein Projekt, das darauf abzielt, einen „Neuen Konstitutionalismus“¹ im autoritären Neoliberalismus zu schaffen, der weniger dazu dienen soll nationale Wirtschafts- und Budgetpolitiken zu rechtfertigen, als diese auch effektiv durchzusetzen. Damit einher geht die Entdemokratisierung nationaler Politiken und eine Verschiebung innerhalb des „europäischen Staatsapparateensembles“² zugunsten von Apparaten, die eine stark ausgeprägte „strategische Selektivität“³ zugunsten des transnational operierenden Kapitals haben (im Besonderen der europäische Kommission), sowie die Schaffung neuer apparativer Rahmenwerke durch den Fiskalpakt.

1 Gill, Stephen, European Governance and New Constitutionalism: Economic and Monetary Union and Alternatives to Disciplinary Neoliberalism in Europe; in: *New Political Economy* Vol. 3 No. 1, 1998, S. 5

2 Wissel, Jens (2010): Die europäische Integration als staats-theoretische Herausforderung; in: Demirovic, Alex/ Adolphs, Stefan/ Karakayali, Serhat (2010): Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas. Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis, Nomos: Baden-Baden, S. 88

3 Jessop, Bob (1982): *The Capitalist State: Marxist Theories and Methods*, New York University Press: New York, S. 40

Im Rahmen unseres Beitrags würden wir vor allem die Strategien der AkteurInnen und Apparate in den Vordergrund rücken, *die European Economic Governance* von herrschender Seite vorantreiben. Auf diese Weise wollen wir darstellen, wie einerseits das europäisch agierende Kapital (BUSINESSEUROPE) als auch nationale Klassenkräfte (deutsches Industrie- und Finanzkapital) strategisch eine Politik verfolgen, die darauf abzielt die Notwendigkeit der Einbindung subalternen Kräfte zu minimieren und einen autoritären Neoliberalismus auf europäischer Ebene abzusichern um Alternativen langfristig zu blockieren. Gleichzeitig wollen wir dabei zeigen, wie diese Strategien sowohl in europäischen Apparaten (Kommission und EZB), als auch in der deutschen Bundesregierung wirken und nicht zu Letzt auch in Teilen der politischen Eliten der peripheren Eurostaaten auf Zustimmung stoßen. Anhand dieser Analyse soll auch deutlich werden, welches Verständnis der Krise die untersuchten AkteurInnen und Apparate haben und welche Lösungen und Problemstellungen sie damit verbinden. Dadurch können auch Widersprüchlichkeiten der Strategien aufgezeigt werden. Die Analyse erfolgt dabei auf Grundlage von öffentlich zugänglichen Papieren der genannten AkteurInnen und Apparate (Protokolle von Kommissionssitzungen, Strategiepapiere, Presseaussendungen, Offene Briefe, etc.)

Theoretische Bezugspunkte unseres Beitrags bilden dabei die materialistische Staats- und Klassentheorie im Anschluss an Nicos Poulantzas⁴ sowie der (Neo-)Gramscianismus (insbesondere Stephen Gills Konzept des „neuen Konstitutionalismus“ und Gramscis Konzept der „passiven Revolution“⁵) bilden.

Vor diesem Hintergrund soll es dann im zweiten Teil des Beitrages um Möglichkeiten für linke Politik in Europa gehen. Dabei steht die Frage im Vordergrund, in welcher Weise und mit welchen Zielen sich linke politische Kräfte auf die ebene europäischer Staatlichkeit beziehen soll, die ihren neoliberalen Charakter durch das Projekt *European Economic Governance* weiter verschärft hat.

Hier sollen zwei grundsätzliche und grundverschiedene Ansätze in der gesellschaftlichen Linken diskutiert werden. Einmal der Vorschlag die Eurozone zu zerschlagen, um auf nationaler Ebene, wenigstens in einigen Ländern Handlungsspielräume für die Linke zurück zu gewinnen⁶ und perspektivisch ein alternatives Europa von Unten neu aufzubauen. Oder andererseits für eine Demokratisierung der Europäischen Union zu kämpfen und durch die

4 Poulantzas, Nicos (1975): *Classes in Contemporary Capitalism*, Verso: London/New York und Ders.(2002): *Staatstheorie: Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*, VSA: Hamburg

5 Gramsci, Antonio (1991-2002): *Gefängnishefte*. 1. – 29. Heft (in 10 Bd.), Argument: Hamburg, S. 1242f., S. 1359f, S. 1557, S. 1779

6 Prominent vertreten durch Costas Lapavitsas: Lapavitsas, Costas u.a. (2011): *Breaking up? A route out of the Eurozone crisis*. Research on Money and Finance, RMF Occasional report 3, November, London.

Martin Konecny
Hanna Lichtenberger

Schaffung eines alternativen Projekts innerhalb der bestehenden europäischen Staatlichkeit, die Größe des gemeinsamen Wirtschaftsraums für ein progressives Programm der Transformation zu nutzen und zugleich einen Rückfall in nationalistische Lösungen zu verhindern.⁷

Die Beurteilung der Aspekte und Argumente dieser beiden sich widersprechenden Strategien (und Ansätze für eine dritte alternative Strategie) hängt dabei letztlich von einem präzisen Verständnis der aktuellen Verfasstheit europäischer Staatlichkeit, den Kräfteverhältnissen auf europäischer Ebene und der Beurteilung des Charakters aktueller Bewegungen gegen die herrschende Krisenbearbeitung ab.

⁷ Vgl. Onaran, Özlem (2011): An internationalist transitional program towards an anti-capitalist Europe. A reply to Costas Lapavistas. <http://gesd.free.fr/ozlem2lap.pdf> und